

Gemeinde erwägt Klage gegen Kreisumlage

Regierung von Oberfranken soll Vorgehensweise des Landkreises prüfen – 181 000 Euro zuviel bezahlt?

GLASHÜTTEN
Von Dieter Jenß

Der Gemeinderat ist drauf und dran, sich den Kommunen anzuschließen, die gegen die Kreisumlage und den Umlageüberschuss klagen wollen. Bereits Klage eingereicht hat bekanntlich die Stadt Pottenstein.

Bei der jüngsten Besprechung der klagewilligen Kommunen im Rathaus Waischenfeld waren die Bürgermeister Stefan Frühbeißer (Pottenstein), Edmund Pirkelmann (Waischenfeld), Martin Dannhäuser (Creußen), FWG-Fraktionssprecher im Kreistag, Hans Hümmer, und Glashüttens Bürgermeister Werner Kaniewski dabei, die dabei ihre Begründungen zur Klageerhebung vorstellten. In der Sitzung am Montagabend im Rathaus Glashütten erläuterte Kaniewski den Sachstand zu seinem schon seit Jahren gehörenden Lieblingsthema Kreisumlage. Seiner Meinung nach erhebt der Landkreis

Bayreuth Kreisumlagen, die den rechtlichen Vorgaben nicht entsprechen. Beschlüssen des Kreistages zur Senkung der Kreisumlage vom 24. Februar 2017 und 9. März 2018 ist Landrat Hermann Hübner (CSU) bisher nicht nachgekommen. Somit werde unverändert eine Kreisumlage erhoben, die laut Kaniewski als rechtswidrig eingestuft werden muss. Mittlerweile haben sich die Städte Pottenstein und Waischenfeld, so Kaniewski, mit dem Bayerischen Gemeindetag beziehungsweise dem Bayerischen Städtetag in Verbindung gesetzt, auch um von dort aus das Innenministerium einzuschalten. Beide Organisationen gewähren Rechtsschutz für die bereits eingereichten beziehungsweise beabsichtigten Klagen.

Die Gemeinde Glashütten hat dem Landrat mit Schreiben vom 26. März, aufgefordert, zu erklären, bis wann die Gemeinde Glashütten die zu viel erhobene Kreisumlage in Höhe von rund 181 000 Euro zurückerstattet be-

kommt. Geht bis zur aktuellen Gemeinderatssitzung, so der Bürgermeister in der Sitzungsvorlage, keine Mitteilung ein, sollte beschlossen werden, Klage gegen den Kreisumlagebescheid 2019 zu erheben. „Wir haben kein Geld zu verschenken“, so Kaniewski, „und sind an die Haushaltsgrundsätze der Klarheit und Wahrheit gebunden.“

Die Kreisumlage sei nur in dem Umfang zu erheben, wie dies der Landkreis zur Deckung seiner Kosten benötigt. Führt das Jahresergebnis zu Mehrungen, sei das der Rücklage zuzuführen mit der Folge, dass dies bei der nächsten Kreisumlage zu berücksichtigen sei. Mittlerweile habe er sich, so der Bürgermeister, an die Regierung von Oberfranken gewandt, damit diese rechtsaufsichtlich die Vorgehensweise des Landkreises überprüfe.

Im eingegangenen Schreiben des Landrats wird auf die Haushaltsansätze Bezug genommen. Insofern stimmten die Zahlen nicht, sagte Ka-

niewski. „Halten wir fest“, meinte er in seinem Sachstandsbericht, „wir haben noch Zeit“, da der Kreisumlagebescheid noch nicht vorliege und die Antwort der Regierung noch ausstehe.

Dritter Bürgermeister Bruno Heider (CSU) äußerte seine Bedenken. Er möchte Klarheit darüber haben, wie sich die Kreisumlage 2016 und in den Folgejahren berechnete. Aus den Haushaltsansätzen des Kreises ergebe sich dies nicht genau, so Kaniewski. Seiner Aussage, „wir haben in den letzten Jahren immer mehr bezahlt“, widersprach Heider, der darauf verwies, dass die Gemeinde Glashütten 2016 fast 60 000 Euro weniger Kreisumlage zahlen musste. Dazu müsse man wissen, so der Bürgermeister, wie die Umlage tatsächlich berechnet wird. „Genau das will ich wissen“, meinte Heider. Er will Zahlen auf den Tisch. Dies werde geschehen, sagte Kaniewski, dem das Gremium dessen Vorgehensweise einstimmig billigte.